

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker  
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne  
Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die vierspaltige Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 30.

Berlin, den 25. Juli 1909.

10. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. — Goldmund. — Mundschau: Das könnte auch noch anderwärts geschehen. Wird durch das Kinderprivileg bei der Einkommensteuer das Wahlrecht geschmälert? Eine Pflicht ist die andere wert. Zur Legitimierung bei Krankenlastenwahlern. — Christliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Köln. Minister i. B. Trier. Düren. Danzig. Leer. Trier. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Literarisches. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

## VII. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Köln, den 18. Juli.

Ein gutes Omen ging dem Jubiläumskongress der christlichen Gewerkschaften voraus. Hatte es in den letzten Tagen fast unauhörlich geregnet, so klärte sich am Samstag das Wetter auf und ein schöner Sommertag lagerte über dem „heiligen“ Köln, der lebensfrohen Stadt. Im Schatten des Domes, des gewaltigen Baues und des größten Kunstwerkes, wandeln wir gedankenvoll dahin. Ein Stück Zeitgeschichte zieht an unserm Geiste vorüber, das über diese Perle von Bauwerk seit seiner Grundsteinlegung im Jahre 1248 dahingebraust ist. Und darüber hinaus gehen wir bis an den Gründer der Stadt, Marcus Vipsanius Agrippa, der hier im Jahre 38 v. Chr. die germanischen Uiber anstobelte. Von damals bis heute ein Stück Kulturentwicklung, wie sie gewaltiger nicht gedacht werden kann. Und Köln hat darin die bedeutendste Rolle miteingenommen. Eine Handelsstadt, die schon um das Jahr 1000 mit allen damaligen Kulturländern in Verbindung stand und in dem späteren Hansabund eine bedeutende Rolle spielte. Und der Charakter ist noch heute vorwiegend der einer Handelsstadt. Ein Wahrzeichen davon bildet der altherwürdige Gürzenich, der im 14. Jahrhundert von dem Rittergeschlecht von Gürzenich erbaut wurde. Ein edler Profanbau, dessen untere Räume heute der Börse dienen; im ersten Stock der große Saal mit der prächtigen Darstellung des historischen Festzuges der Dombaueier am 16. Oktober 1880. Dieses Haus sah noch die Zeiten, wo die wirtschaftlichen Interessenkämpfe mit dem Schwert ausgefochten wurden. Die Gegenwart ist humaner geworden, wir kämpfen heute mit anderen Mitteln. Die Weihe, die von den Baudentmalern Kölns ausgeht, ihre Wucht, sie geben dem diesjährigen Kongress sein Gepräge.

Am heutigen Morgen versammelten sich die Delegierten aus allen Gauen Deutschlands und die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften Kölns im großen Saale des Gürzenich. Bereits lange Zeit vor Beginn der Festversammlung war der Saal überfüllt, so daß eine Parallelveranstaltung veranstaltet werden mußte. Eine hehre Feierlichkeit liegt über den Teilnehmern. Namens des christlichen Gewerkschaftsrates Köln begrüßt Kollege Dedenbach die Versammlung. Nachdem sodann ein Gefängnis das „Gott grüße dich“ hatte erklingen lassen, nahm der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Kollege Schiffer, das Wort. Er warf einen Rückblick auf das verfloßene erste Jahrzehnt der christlichen Gewerkschaften. Wir sind weiter gekommen, als wir damals in Mainz hofften. Mehr als eine Viertelmillion Anhänger zählen wir heute, unsere materielle Macht ist gestiegen, der innere Ausbau und die ideale Schulung gepflegt und gefestigt worden. Und so sind wir ein Machtfaktor geworden im wirtschaftlichen wie im öffentlichen Leben. Durch eine wirtschaftliche Krise, wie die gegenwärtige, kann unsere Bewegung, die vorwiegend und in erster Linie eine ökonomische ist, zwar in Mitleidenschaft gezogen, aber keineswegs dauernd und ernsthaft geschädigt oder gar in ihren Grundfesten erschüttert werden. Und das eine möchte ich unseren Gegnern von der roten Couleur an dieser Stelle deutlich sagen: Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist auch kein Kartenhaus, das etwa durch sozialdemokratische Fanfarentöne umgeblasen werden kann, auch dann nicht, wenn diese Gegner glauben, politische Vorgänge zum Ausgangspunkt besonders heftiger, aber ebenso unfairer Angriffe auf uns machen zu sollen. Mögen sie angreifen, wir stehen fest und verteidigen, wie schon so oft unsere Position. Und wir werden sie erfolgreich verteidigen. Der erbitterte Kampf des Schachmachers, die von der Reaktion im bürgerlichen Lager uns bereicherten Schwertgeitelten und der Hohn und die terroristische Bekämpfung seitens der Sozialdemokratie haben unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, ihre Mitglieder und Führer zusammenschweißt; wir sind unseren Weg gegangen, den Weg der Arbeit, der Pflicht, der Treue und Opferfreudigkeit, aber auch den Weg zur Ehre und Ansehen. Wir waren nicht einseitig und nicht ungerecht gegen unsere Volksgenossen, die anderen Erwerbsstände, ihre Rechte und berechtigten Interessen haben wir stets respektiert, wir haben die Nation und das Gemeinwohl nicht außer acht gelassen. Bei diesem berechtigten und erfolgreichen Streben hat die christliche Arbeiterbewegung im allgemeinen und die christliche Gewerkschaftsbewegung im besonderen sich Anerkennung in weiten Kreisen erworben, sie hat die wohlwollende Aufmerksamkeit der hohen Obrigkeit, auch der Staatsbehörden auf sich gelenkt, sie hat ehrliche Freunde und treue Gönner gefunden in den Kreisen

der Wissenschaft und namentlich der Nationalökonomien. Für die christlichen Gewerkschaften aber gilt es jetzt, die Kräfte mit neuem Mut, frischer Arbeits- und Kampfesfreudigkeit auszustatten, die Jungen anzuregen und zu rufen, das Erreungene festzuhalten und weiter auszubauen, die Ideale zu pflegen, den Opfernmut zu begeistern.

Unsere Organisationen und ihre Mitglieder nennen sich christlich und national. Sie sind es auch. Wo aber deutsche und christliche Männer und Frauen zusammentreten, da gedenken sie in patriotischer Verehrung, Liebe und Treue des obersten Landesherren. Das tun auch wir Arbeiter aus ehrlichem Herzen. Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser.

Kollege Stegerwald als erster Referent fernzeichnete in kurzen markanten Zügen die zehn Jahre christlicher Gewerkschaftsarbeit. Wollig uneinheitlich nach Organisationsform und Charakter, ganz im Gegensatz zu den plans- und programmäßig gegliederten sozialdemokratischen und kirchlich-demokratischen Gewerkschaften, ist die Entstehung der christlichen Gewerkschaften erfolgt. — Der beste Beweis dafür, daß sie keine künstliche oder politische Mode sind, Einheitsliche Richtlinien schon erst der Mainzer Kongress (1899), auf dem die Befürworter örtlicher Organisationen, mit dem hauptsächlichsten Zwecke der Beeinflussung der gesetzlichen Sozialreform in enger Anlehnung an eine politische Partei, gegenüber den vorläufigen der organisierten Selbsthilfe in starken, möglichst einheitlichen Organisationen (konfessionellen und politischen neutralen) Gepräges unterlagen. Einer langen Zeit grundsätzlicher Kämpfe hat es bedurft, um die in den Mainzer Beschlüssen festgelegte Einheitlichkeit im Innern durchzuführen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung begegnet auch heute noch von außen her mangelndem Verständnis. Vielfach will man sie nicht verstehen, wie auf Seiten der Sozialdemokratie, der jeder nichtsozialdemokratische Arbeiter ein Feind, Arbeiterverräter usw. ist, obwohl selbst Prof. Sombart in Breslau die Notwendigkeit der christlichen Sonderbewegung anerkennt, weil die Sozialdemokratie die Emanzipationsbestrebungen der Lohnarbeiterklasse auf den Boden der materialistischen Weltanschauung gestellt habe. Andere Kreise können sich noch immer nicht recht in die christliche Gewerkschaftsbewegung hineinfinden, derzufolge sich die christlichen Gewerkschaften zum Ziele setzen, Anhänger aller bürgerlichen Parteien zu sammeln, um konkrete wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Ueberzeugung und vaterländischen Gesinnung im Einklang stehen. Wo aber Verständnis für diese Idee besteht, erscheint die ganze Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften als die logische Konsequenz aus derselben. Und zwar zunächst die Stellungnahme gegenüber den Kirchengemeinschaften, denen die christlichen Gewerkschaften, die keine kirchlichen Organisationen sind, zwar einen weitgehenden Einfluß auf das Volksleben zuerkennen, unter Respektierung der religiösen Ideale ihrer Mitglieder, von denen sie aber die den anderen Interessengruppen eingeräumte organisatorische Selbständigkeit beanspruchen. Die Gewerkschaften konfessionell gestiftet zu wollen, hieße sie in dem konfessionell gemischten Deutschland mit seiner stark organisierten, kapitalträchtigen Großindustrie und seiner starken sozialdemokratischen Bewegung zu fast tödlicher Ohnmacht verurteilen.

Die Stellungnahme gegenüber den politischen Parteien ergibt sich aus der Erwägung, daß die Gewerkschaftsbewegung in der Gegenwart Arbeit für die Gegenwart zu leisten hat, daher die Betätigung auf politischen Gebieten, bezüglich dessen keine einheitliche Auffassung besteht, außerhalb der wirtschaftlichen Standesorganisation erfolgen muß und zwar im Sinne der möglichststen Beeinflussung der verschiedenen bürgerlichen Parteien zugunsten der nach Durchsetzung in der Gesellschaftslehre ringenden Arbeiterschaft. Der zur nächstern Beachtung der harten Wirklichkeit erzeugte Gewerkschaftler ist sich eingedenk, daß der Arbeiterstand nur ein Teil des Volkes ist und verachtet sich den Notwendigkeiten, die sich aus dem gesamten Volksleben ergeben, nicht; er weiß, daß sich die Aufwärtsbewegung eines Standes nur schrittweise vollzieht; mit der doktrinären Politik und Taktik der Sozialdemokratie wird für die gegenwärtige Arbeitergeneration das Entgegengesetzte des Erstrebten erreicht; der durch diesen Doktrinarismus der Arbeiterklasse entzogene Einfluß geht überschüssig auf die anderen Volksklassen über. In ihrer Stellungnahme zu den Unternehmern, die nicht bloß als Ausbeuter und Schachmacher seitens der christlichen Gewerkschaften angesehen werden, erkennen diese deren hohes Verdienst um die ganze Volkswirtschaft bei dem ungenährten Aufschwung Deutschlands an und achten die hier zutage tretende Intelligenz und geistige Ueberlegenheit, verlangen aber auch Verständnis für das Streben der Lohnarbeiterklasse nach gesteigerter Anteilnahme an den Erfolgen produktiver Arbeit unter Anerkennung der Tatsache, daß die herrlichen Früchte deutschen Gewerbebetriebes ohne die Mitwirkung eines intelligenten, schaffensfreudigen Lohnarbeiterstandes nie hätten erungen werden können. Speziell in der Großindustrie verlangt der Arbeiter, mehr als Mensch und als Persönlichkeit gewertet zu werden. Gegenseitiges Verstehenlernen liegt im Interesse beider Teile.

Der Referent behandelte alsdann den politischen Werdegang der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die durch den ersten deutschen Arbeiterkongress nach dem verhängnisvollen sozialdemokratischen Parteitag in Dresden einen starken Aufschwung nach vorwärts machte. Deshalb herrscht, so schließt Redner, bei einem Rückblick auf die zehn Jahre der Entwicklung seit dem Mainzer Kongress ein Gefühl der Befriedigung vor. Dem damals vertretenen 56 000 Mitgliedern stehen heute in 20 Zentralverbänden rund 275 000, den Einnahmen von 35 000 M. in 1899 stehen für 1908 solche von 4 394 745 M. und dem damaligen Massenbestand von 21 401 M. ein solcher von 4 513 409 M. gegenüber. Die damals 5 betragende Zahl der freigestellten Gewerkschaftsjunktionen ist auf 250 angewachsen, an Stelle des damals einzigen Verbandsorgans arbeiten heute 20 und neben ihnen das „Zentralblatt“, sowie ein polnisches und ein italienisches Blatt an der Erziehung der Mitglieder. Ein großes Stück Arbeit wurde in dem abgelaufenen Jahrzehnt geleistet. Möge das neuangegangene ebenso arbeitsfreudige und opferbereite, von wahrer Idealismus durchdrungene Truppen finden!

Staatsminister Freiherr v. Berlepsch hielt darauf eine bemerkenswerte Rede, auf die wir noch zurückkommen, ebenso auf die Rede des Herrn Dr. Brauns über „Die Triebkräfte der

christlichen Gewerkschaftsbewegung“. Wir halten dieselben für so wichtig, daß wir sie im Wortlaut unseren Mitgliedern unterbreiten werden. Mit einem donnernden Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung fand die glänzend verlaufene Begrüßung ihr Ende.

Köln, den 19. Juli.

Um 9 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Kollege Schiffer, im dicht gefüllten Jabelnsaal den VII. christlichen Gewerkschaftskongress. Er begrüßte zunächst die zahlreich erschienenen Ehrengäste. Reichsminister Seemann-Hollweg hat in seiner früheren Eigenschaft als Minister des Innern für die Einladung zum Kongress christlich gedankt und mitgeteilt, daß er den vortragenden Rat Geh. Reg.-Rat Wiedfeldt beauftragt habe, den Kongress zu begrüßen. Als Vertreter des Kölner Regierungspräsidenten ist erschienen Herr Reg.-Rat Drilling, als Vertreter des Oberbürgermeisters Waltraf Beigeordneter Dr. Fuchs. Der Vorsitzende begrüßte ferner den Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, den Abg. Justizrat R. Trimborn, Direktor Dr. Brauns als Vertreter des Volksvereins für das katholische Deutschland, Pfarrer Liz. Weber (M.-Gladbach), Pfarrer Prelle (Hannover), Reg.-Rat Dittmann, Prof. Dr. Harnack sandte ein Begrüßungsschreiben, worin er bedauerte, nicht erscheinen zu können. Er werde dem Verlauf des Kongresses aus der Ferne mit Interesse und innerer Teilnahme folgen und wünsche, daß der Kongress die Gewerkschaften dem Ziele näher bringe. Weitere Begrüßungsschreiben sandten Liz. Schneemelcher, Generalsekretär des evangelisch-sozialen Kongresses, Prof. Dr. Mahling und andere.

Herr Geh. Reg.-Rat Wiedfeldt führte aus, sein Chef, der Minister des Innern Delbrück, habe es sich nicht nehmen lassen, ihm aufzutragen, dem Kongress die besten Grüße und Wünsche zu übermitteln. Zehn Jahre Gewerkschaftsarbeit liegen heute hinter Ihnen; Jahre voll Mühe und Arbeit, Rückschritt, aber auch Fortschritt. Vieles haben Sie erreicht. Sie haben sich aber auch das Wort zu eigen gemacht, das am Eigelsteiner Tor unter der Figur des Kölner Bauern eingemeißelt ist:

Halt saß do kölscher Boor,  
Blieb beim Rich, et fall söß ob soor.  
(Halte fest du Kölner Bauer,  
Bleib beim Reich, es falle süß oder sauer.)

Sie sind, wie andere Organisationen, zu einem festen, straffen Zusammenschluß gekommen. Reine Organisation steht mehr allein, deshalb werden die Interessenkämpfe einschneidender, für das Volksganze bedenklicher. Je straffer, umfassender die Organisation, um so mehr muß sich steigern das Verantwortlichkeitsgefühl der leitenden Personen. Man muß anerkennen, daß für keinen Stand wirkliche Vorteile zu erreichen sind, wenn das Volksganze nicht fortschreitet. Der Schaden für die Gesamtheit ist groß, wenn ein Teil allein steht. Das Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sei zu begrüßen. Er persönlich habe gern im Tarifamt für das rheinisch-westfälische Baugewerbe in diesem Sinne gern auch mit den Vertretern der Arbeiter zusammengewirkt. Den Verhandlungen rufe er ein herzliches Glück auf zu.

Herr Geh. Reg.-Rat Drilling teilt mit, daß Herr Regierungspräsident Dr. Steinmeister es bedauert, durch Amtsgeschäfte am Erscheinen verhindert zu sein. In letzter Linie ist die Forderung der christlichen Gewerkschaften auf die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiter in die jetzige Gesellschaftsordnung gerichtet. Wie diese Forderung, so trat in den gestrigen programmatischen Reden auch der Gedanke der Solidarität mit den Interessen der Arbeitgeber hervor. Nur unter dem Gesichtspunkt des Staatswohls und des Gemeinwohls kann das Ziel erreicht werden. Diesen Bestrebungen steht die königliche Regierung zu Köln sympathisch gegenüber und wünscht dem Kongress ein gutes Ergebnis.

Herr Beigeordneter Dr. Fuchs begrüßte den Kongress im Namen der Stadt Köln. Er feierte die Gewerkschaften als Kulturfaktor, deren Tätigkeit im Interesse der Gesamtheit liegt. Er wünschte, daß die Arbeiter des Kongresses dem sozialen Frieden dienlich seien; nicht dem Frieden, der zu unwürdiger Ruhe führt, sondern der die Morgenröte neuer, reicher Arbeit bringt.

Herr Pfarrer Liz. Weber begrüßte den Kongress im Namen des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine.

Herr Dr. Brauns überbrachte die Grüße des Volksvereins für das katholische Deutschland, dessen Ziele im Interesse der sozialen Arbeit für die Gesamtheit unseres Volkes er kurz präziserte.

Als Vertreter der ausländischen christlichen Gewerkschaften waren Spalowski (Wien), Briebmeier (Schweiz), Huijing (Holland) und Rene de Bruyne (Belgien) erschienen, die den Kongress aus herzlichster beglückwünschten.

Alsdann ergriff Kollege Stegerwald das Wort zu dem Geschäftsbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.



Hast du der Wahrheit und dem Geist gelebt,  
So ist das Alter Krone deines Strebens;  
Hast du nur nach Genuß gestrebt,  
So ist's der Katzenjammer deines Lebens.

### Egoismus.

Ein hartes Wort, das hier ausgesprochen wird, besonders unangenehm empfunden von dem Idealverlangenden Menschen. Und was bedeutet das Wort Egoismus eigentlich? Es läßt sich denken, wie Selbstsucht, Eigennuß, Herrschsucht und dergleichen mehr. Egoisten werden auch vielfach jene genannt, die ohne Rücksicht auf den Nebenmenschen ihrer persönlichen Ansicht Geltung verschaffen wollen, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit nur immer das eigene „Ich“ in den Vordergrund stellen. Es sind auch solche, die, wenn sie in einem Gemeinschaftswesen eingegliedert sind, nur stets auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, ohne zu überlegen, ob denn auch das Gemeinschaftswesen bestehen könnte, wenn jeder so handeln würde. Nicht minder sind jene darunter zu verstehen, die herrschsüchtig jede andere Meinung niederhalten suchen, die eine andere Meinung für sich als selbständig empfinden, weil sie glauben, nur was sie denken und meinen sei das richtige, und wenn diese Meinung nicht akzeptiert wird, nicht mehr mitmachen zu brauchen meinen, oder sogar unter Drohungen ihrer vorgefaßten Ansicht Nachdruck verschaffen wollen. Der Idealverlangende Mensch, der zunächst Rücksicht auf seinen Nächsten nimmt und erst in zweiter Linie an sich selbst denkt, kommt in einem Gemeinschaftswesen, der überzeugt ist, geht es meinem Nebenmenschen gut, dann kann es mir nicht schlecht gehen, der findet solche Menschen unmissverständlich. Dieser egoistische Sinn, der in einem Gemeinschaftswesen den größten Schaden anrichten kann, sollte bekämpft werden, wo er sich immer zeigt, ganz besonders aber unter der Arbeiterenschaft. Leider sind wir alle schwache Menschen und nur allzu leicht geneigt, wo das eigene Ich in Frage kommt, etwas früher zu sehen wie sonst.

Augenblicklich hat man Gelegenheit, diesen etwas kraffen Egoismus bei der Diskussion in Versammlungen über die Unterstufungsfrage der abreisenden Kollegen bei Streiks und Ausperrungen zu beobachten. Hier sollte man fast meinen, daß bei einem Teile unserer Kollegen nicht der Idealismus die Triebfeder für die Organisation ist, sondern der kraffteste Materialismus. Dieser Standpunkt muß jeden, der weiß, welchen Kämpfen wir noch entgegengehen, welche Opfer wir zu bringen gezwungen sein werden, bezwecken. Jeder ältere Kollege weiß oder sollte es doch wissen, welche Opfer wir schon gebracht haben; wenn er jedoch ein offenes Auge für die Vorgänge innerhalb des Wirtschaftsliebens und unseres Baugewerbes hat, wird er gestehen müssen, daß dieses noch nicht die größten Opfer waren. Es gilt einmal für uns die Erhaltung unserer Organisation, — unseres Schutzes. Was will eine Organisation mit vielen Mitgliedern bezagen, die mit statutarischen Bestimmungen so beschwert ist, daß sie aktionsunfähig dadurch wird. Leider scheint ein Teil unserer Kollegen nicht so weit zu denken. Wenn es Kollegen gibt, die glauben, ein Verband wie der unsrige, der seit seinem Bestehen nicht aus den Kämpfen herausgekommen ist, könne sich statutarisch verpflichten, auch für die abreisenden Kollegen bei Streiks dieselbe Höhe der Unterstützung festzulegen, wie für die Kollegen, die an Orte verbleiben und die Bewegung führen, dann aber auch noch für die abreisenden Kollegen das Maßgebend zu zahlen, so läßt das jede Einsicht vermissen. Wenn aber dann solche, und man darf wohl heute mit Recht noch sagen unmissbare Anträge von weiterdenkenden Kollegen bekämpft werden, dann glaubt man Eindrücke erwecken zu können mit dem Schlagwort „Mitglieder zweiter Klasse“. Diese Kollegen bedenken gar nicht, daß auch andere Verbände Mitglieder haben, die bei Streiks und Ausperrungen in die Heimat reisen, berücksichtigen nicht im geringsten, daß der sozialdemokratische Maurerverband auf der letzten Generalversammlung alle auf Erhöhung der Unterstützung abzielenden Anträge abgelehnt hat, im Hinblick auf die Kämpfe, die uns im Baugewerbe bevorstehen. Diese Kollegen legen auch nicht im entferntesten die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Maßnahme zugrunde, operieren nur mit dem Schlagwort: „Wir sind Mitglieder zweiter Klasse“.

Was ist aber von diesem Schlagwort zu halten? Kein objektiv betrachtet gar nichts, wenn nur alle den eigentlichen Zweck des Verbandes verstehen wollten und nicht durch Selbstsucht und Eigennuß hindert geworden wären. Der eigentliche Zweck des Verbandes ist und bleibt doch der, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern und die abgeschlossenen Verträge zu überwachen und die Bestimmungen der Verträge durchzuführen. Alles andere ist nur Mittel zum Zweck. Es kann uns aber doch nicht gleichgültig sein, wie der Verband in der Lage ist, dieses zu vollführen. Aber auch darf es uns nicht gleichgültig sein, ob durch eine solche folgenreichere Maßnahme unser Verband lahm gelegt würde. Es kann auch bei einem Streik abreisenden Kollegen nicht darauf ankommen, während eines Streiks pro Woche einige Mark Unterstützung mehr zu bekommen, um dadurch vielleicht die Durchführung einer Bewegung unmöglich zu machen. Es wäre hier wirklich angebracht, daß unsere Kollegen einmal anfragen, praktisch zu rechnen und für die Zukunft zu kalkulieren. Bei etwas gutem Willen und ruhigem, klarem Kopfen würden sie eine andere Meinung bekommen. Rechnen wir einmal, ein Kampf würde 7 Wochen dauern bei einer Unterstützung für alle Kollegen, die in Frage kommen von nur 15 Mark pro Woche, so würde dieser, wenn 30 000 Kollegen ausgeperrt würden, die Summe von 450 000 Mark pro Woche ergeben, oder für den einzelnen Kollegen bei 7 Wochen 105 Mark, oder für 7 Wochen die Summe von 3 150 000 Mark für 30 000 Kollegen. Ist dieses möglich? Dann aber dürfen wir nicht glauben, daß wenn es zu einem Kampfe kommt, derselbe mit 7 Wochen erledigt ist, denn wie die Situation heute liegt, wird es sich dann darum handeln, wer der Stärkere ist, also es wird auf einen Nachkampf ankommen. Dann aber ist die Unterstützung von 15 Mark pro Woche im Durchschnitt nicht zu hoch gerechnet, eher zu niedrig, da wir den größten Teil unserer Kollegen haben, die über ein Jahr dem Verbande angehören. Dann ist auch in dieser Summe kein Pfennig anderer Unkosten, die es bei einer solchen Bewegung sehr viele gibt, einbezogen. Würde es nun dem Arbeitgeberverband gelingen, aus einem Vertrag auszubringen, dadurch, daß wir unterliegen müßten, und die Kollegen müßten mit 5 Pf. pro Stunde billiger arbeiten, so würde dieses in einem Jahre weit mehr ausmachen, als die ganze Unterstützung beträgt. Wie aber würde sich dann erst für die Zukunft unser Arbeitsverhältnis gestalten? Der Verband würde dann auf Grund seiner Mitsprachefähigkeit nicht einmal insoweit sein, die festgelegten Löhne durchzuführen, und bei der bekannten Rückständigkeit des größten Teiles der Arbeitgeber würde überhaupt ein Vertrag unter solchen Umständen keine Beachtung finden. Die alte Annahme wäre wieder erloschen. Mit Recht könnten sich dann unsere Kollegen den Vorwurf machen, dieses haben wir uns selbst angetan. Streiksrecht müssen wir sein und bleiben. Dieses bestritt aber nicht allein ein Herr Goldhahn, sondern auch die vorerwähnte Kommission. Was würden wir denn bestritten, wenn wir 30 000 Mitglieder in unserem Verband hätten, aber auf Grund unserer Klassenverhältnisse Schwere bei Fuß legen müßten. Wir wären eine Streiktruppe,

der man keine Beachtung schenkt. Gehen unsere Kollegen von diesen Erwägungen aus, dann wird die Unterstufungsfrage ein anderes Gesicht bekommen und auch zur Zufriedenheit aller geregelt werden können.  
L. H. u. g. A. H. -

### Rundschau.

Das könnte auch noch anderwärts geschehen! Die Stadtverordnetenversammlung in Mainz hat auf Antrag ihrer sozialpolitischen Kommission beschlossen, daß solche Firmen, von denen Tatsachen bekannt sind, daß sie das Qualitätsrecht ihrer Arbeiter und Angestellten beschränken, von städtischen Arbeiten und Lieferungen ausgeschlossen sind. — Die erste herrliche Wirkung, die man von diesem Beschlusse auf die Arbeitgeber erhofft, wird sicherlich erreicht, wenigstens soweit Lieferanten der Stadt in Betracht kommen. Auf alle Fälle wäre es deshalb wünschenswert, daß das in Mainz gegebene Beispiel anderwärts Nachahmung findet.

Wird durch das Kinderprivileg bei der Einkommensteuer das Wahlrecht geschmälert? Hierzu sagt eine ergoigte amtliche Erklärung:  
„In der Presse ist wiederholt der Annahme Ausdruck gegeben worden, die durch das Gesetz vom 26. v. Mts. erfolgte Ausdehnung des sogenannten Kinderprivilegs habe für die beteiligten Steuerpflichtigen eine Verletzung des politischen Wahlrechts zur Folge. Denn die auf Grund der §§ 19 und 20 des preussischen Einkommensteuergesetzes einer großen Zahl von Steuerpflichtigen gewährten Steuerermäßigungen seien auf die Aufstellung der Wählerlisten von nicht unerheblichem Einflusse. Diese Annahme ist nicht zutreffend. Es ist dabei übersehen, daß durch das Gesetz vom 26. v. Mts. in das Einkommensteuergesetz ein neuer § 20a eingefügt worden ist, nach welchem die in den §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes gewährten Ermäßigungen bei der Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeiträge für Wahlzwecke außer Betracht zu bleiben haben.“  
Es kommt mithin zur Ausübung des Wahlrechts der volle Jahresarbeitsverdienst ohne jeden Abzug in Ansatz.

Eine Pflicht ist die andere wert, denkt die „Fachszeitung für Schneider“ (Nr. 27), ein sozialistisches Gewerkschaftsblatt, und da die „Leipziger Volksztg.“ so mordsmäßig über die Gewerkschaftsführer hergefallen ist, weil die Generalversammlung der Metallarbeiter die Majestät „abgelegt“ hat, quittiert die „Fachszeitung“:  
„Solche Megeleien, wie sie sich die „Leipziger Volksztg.“ leistet, müssen sich die Gewerkschaften entschieden verbitten. Wenn man nach düstlerhaften und hochmütigen Emporkömmlingen, nach Paradenprozentum suchen wollte, dann dürften sie weit eher in der Parteibewegung als in den Gewerkschaften zu finden sein. Ganz besonders aber scheint es die „Leipziger Volksztg.“ zu sein, in der sich diese Sorte Menschen breit macht.“

Von Parvenüs und Emporkömmlingen ist die Gewerkschaftsbewegung bis heute Gott sei Dank verschont geblieben, denn diese meiden geflüchtet den Arbeiter, die von ihren Besthern eine aufreibende Tätigkeit und einen hohen Grad Verantwortlichkeitsgefühl fordern. Die Gewerkschaften können keine Elemente gebrauchen, die nur kommen und den „Führer“ spielen wollen, die nur alles kritisieren, aber nichts besser machen können, sie müssen selbst von der Pike auf in der Gewerkschaft gebildet haben. Darum aber verdient die unerhörte Beleidigung, die die „Leipziger Volksztg.“ den Führern der Gewerkschaften — und wir verstehen darunter nicht nur die besoldeten, sondern alle Genossen, die eine leitende Stelle innehaben — zufügt, auf das allerentschiedenste zurückgewiesen zu werden.  
Das dürfte beifällig genug sein. Natürlich bleibt die „Leipziger Volksztg.“ nichts schuldig. Und die kann's noch besser! Auch andere Gewerkschaftsblätter ziehen gegen das Leipziger Blatt vom Leder; so „Bergarbeiterzeitung“, „Leberarbeiterzeitung“, „Steinarbeiter“. In dem Hinüber und Herüber wimmelt es bereits von Schlagern wie: „Schlammputz von Weichspülungen“, „Demagogentänze“, „ebenfalls unerschämte Weidmann“, „Gemeinheit“, „feige hinterlistige Art“, „Unanständigkeit“ und „Unehrlichkeit“. Die Leipziger Gewerkschaftsbeamten haben sich an Ort und Stelle mit der Presskommission und der Redaktion der „Leipziger Volksztg.“ auseinandergesetzt. Die Redaktion will in Zukunft grobe Ausdrücke gegen die Gewerkschaftsbeamten vermeiden. Daran glaubt indes weder sie, noch diejenigen, denen sie es versprochen.

Zur Legitimierung bei Krankenkaufwahlen. Eine für Klassenkassen wichtige Entscheidung hat, so entnehmen wir der „Kölnischen Zeitung“, in voriger Woche das Oberverwaltungsgericht gefällt. Die Direktionskasse der Bauhandwerker in Düsseldorf litt seit Jahren unter inneren Zwistigkeiten, die durch den Kampf zwischen Sozialdemokraten und christlichen Arbeitern bei den Vertreterwahlen hervorgerufen waren. Die Zugehörigkeit von Ausländern der verschiedensten Nationen erhöhte die Schwierigkeiten, weil der feste Zu- und Abgang eine genaue Kontrolle bei der Wahl erschwerte. Deshalb beschloß der Vorstand, daß nur der wählen dürfe, der seine Mitgliedskarte vorzeige. Die ersten nach diesem Mobus vorgenommenen Wahlen, am 22. November 1907, ergaben wie bisher eine Niederlage der Sozialdemokratie. Nunmehr suchte die Sozialdemokratie die Wahl an, weil 5 bis 7 Kassenmitglieder nicht zur Wahl zugelassen worden waren. (Sie hatten sich geneigt, sich durch ihre Mitgliedskarte zu legitimieren.) Der Magistrat als Aufsichtsbehörde erkannte die Beschwerde als berechtigt an und erklärte die Wahl für ungültig. Anderer Ansicht war der Bezirksausschuß, der den Vorstand anrief und der die Wahlen für gültig erklärte. Aus dem Erkenntnis des Bezirksausschusses geht hervor, daß der Verbot nicht unbegründet ist, die sozialdemokratischen Beschwerdeführer hätten abschließend die Verweigerung der Legitimation herbeigeführt, da sie die unbewiesene und unbeweisbare Behauptung aufstellten, außer den 5 bis 7 zurückgewiesenen Wählern wären noch 25 vor der Tür des Wahllokals umgekehrt, weil sie nicht gewillt waren, die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Diese 25 gehörten aber dazu, um das Ergebnis der Wahl zu erschüttern, bei der die Mehrheit 32 betrug. Das Oberverwaltungsgericht hat auf Anrufung des Magistrats diesem Recht gegeben. Allerdings, heißt es in dem Urtheil, könne der Vorstand verlangen, daß alle Wähler sich legitimieren, aber es geht nicht an, einzig und allein die Mitgliedskarte als eine ausreichende Legitimation anzuerkennen; es müßte den Wählern überlassen bleiben, sich auf andere Weise zu legitimieren. Im vorliegenden Falle ist aber kein Versuch zu anderweitiger Legitimation unternommen worden. Die Wahl ist also für ungültig erklärt.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Sperret hat: Radutzsch (Zimmerer), Wüde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers Wiche; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag anzuzuführen), Gattersheim a. M. (Sperre über die Firma Ritter u. Sohn wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Lohnes), Wörtheim (Maurer und Bauführer), Krefeld i. S. (Sperre über die Firmen Petermann, Bloß, Hinz, Renz und

Geiger), Selm (Sperre über die Firma Kohl und Wortmann), Ahlen i. Westf. (Streik), Saarstraße und St. Ingbert (Ausperrung), Wierfen, Rhd. (Streik), Würzburg, Marzen (Streik der Statutare und Meisterer), Esweiler (Streik der Maurer und Bauführer), Glas, Brakel, Wiedenbrück, Stahe, Weibern, Büschel, Heiligenhaus (Streik der Maurer und Bauführer), Gerborn (gesperret ist die Firma Rinne aus Gießen an der Neubauten, der Landes-Heil- und Pflegeanstalt), Hamburg-Harburg (Ausperrung d. Maurer, Zimmerer, Bauführer, Arbeiter und Gipser), Wiedede-Alfeld (Sperre über die Firma Niegelmann), Holzwinden (Ausperrung), Landeshaun (Schl.) (Streik der Maurer und Bauführer), Eingen (Maurer und Bauführer), Oberschieffisches Industriegebiet (sämtliche Städte und Orte, Ausperrung der Maurer, Bauführer und Zimmerer), Vettlin (Zielfleger, Differenzen mit den Subunternehmern), Zugzug ist ferngehalten.

### Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe.

Rdn, den 26. Juni 1909.  
Anwesend: Beigeordneter Dr. Fuchs, Vorsitzender; Bruns, Hoemann, Kurfeldt, Pethel, Thiemann, Bögen, vom Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe; Ahrens, vom Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter; Janzen, vom Zentralverband der Zimmerer; Krehböhmer, vom Zentralverband der Maurer; Frenzen, Lange, vom Zentralverband der christlichen Bauhandwerker und Bauführer; als Zeugen: Arbeitgeber Bauwens-Köln, Hellmann-Gilben, Mühlentkamp-Düsseldorf, Schäpfer (für die Firma Stöcker); Arbeitnehmer Vetter-Köln, Duns-Düsseldorf, Schöbel-Mülheim a. M.; Firmenich, Protokollführer.  
Streitfall Stöcker beim Bahnbau in Köln-Süd und Ralt. Da über die Verhältnisse auf den Baustellen keine Klarheit herrscht, soll eine Kommission, bestehend aus zwei Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmern, gewählt werden, die die Verhältnisse an Ort und Stelle prüft und entscheidet. Erstellt diese Kommission keine Einigung, so bestimmt der Vorsitzende des Einigungsamtes einen Obmann, dessen Schiedsspruch endgültig ist. Es werden gewählt: a) Arbeitgeber: Pethel, Hoemann; b) Arbeitnehmer: Ahrens, Lange. Als Obmann bestimmt der Vorsitzende Herr Beigeordneter Krefeld-Köln. Die Kommission soll feststellen, ob bei den Bahnbauten Maurer und Bauführer beschäftigt sind und die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden, bezgl. ichen, ob die genannten Arbeiterkategorien dort arbeiten ausführen. (Vertrag S. 24, Nr. 14.) Wird die Firma für verpflichtet erklärt, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen, so muß sie ebenfalls die zu wenig gezahlten Löhne vom Zeitpunkt des Schiedspruches der Schlichtungskommission ab nachzahlen.

Entscheidung über das Wohngebiet Köln für Kanalmaurer (Firma Bauwens). Das Einigungsamt erklärt sich ausnahmsweise bereit, über diese Angelegenheit zu verhandeln, obgleich die Schlichtungskommission nicht gehört worden ist. Es handelt sich um die Löhne für Kanalmaurer in Dyladen. In der Begründung zu Nr. 7 des Schiedspruches vom 17. Mai 1908 heißt es: „In sämtlichen Wohngebieten mit Ausnahme der Plätze Barmen, Köln und Elberfeld werden Kanalmaurer von den übrigen Maurern nicht unterchieden.“ Die Arbeitgeber vertreten den Standpunkt, daß unter „Platz“ die betreffende Stadt, die Arbeitnehmer dagegen das ganze Wohngebiet zu verstehen sei. Die Angelegenheit wurde vertagt, um vorerst ein Gutachten der damaligen Schiedsrichter einzufordern.

Streitfall bei der Firma Schumann in Gerresheim. Es wird festgestellt, daß die Firma Schumann dadurch, daß sie den Maurern und Bauführern in Gerresheim nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt, sich außerhalb des Tarifvertrages für das Baugewerbe gestellt hat. Das Einigungsamt spricht sich dahin aus, daß die Firma verpflichtet war, den Maurern den tarifmäßigen Lohn für den 3., 4., 5. und 6. Mai zu zahlen; bezüglich der Bauführer wird der Antrag zurückgezogen, weil diese durch Niederlegung der Arbeit vertragsbrüchig geworden sind. Wenn festgestellt wird, daß die Arbeitsniederlegung der Hilfsarbeiter direkt oder indirekt durch die Organisation der Maurer veranlaßt worden ist, so wird der Schiedsspruch für die Maurer hinsichtlich. Wird dagegen festgestellt, daß sie durch die Organisation der Bauführer veranlaßt worden ist, so ist die Firma Schumann schadenlos befunden.  
Beschwerden gegen die Firmen Gebr. Hovers und August Wehrmeister in Ratingen, sowie E. Meise in Benrath. Es wird festgestellt, daß die Arbeitgeber dadurch, daß sie nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt haben, sich außerhalb des Tarifvertrages für das Baugewerbe gestellt haben. Das Einigungsamt spricht sich dahin aus, daß diese Arbeitgeber verpflichtet sind, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen und soweit nachweisbar, nachzugahlen.

Streik der Bauarbeiter in Gilben und Kaiserwerth (Firma Hellmann). In Gilben und Kaiserwerth ist die Arbeit aufzunehmen, da Gilben in den Tarifvertrag für das Baugewerbe aufgenommen ist. Wenn aber festgestellt wird, daß Gilben auf Grund Verhaftung solcher Tatsachen, die eine Aufhebung des Vertrages rechtfertigen würden, bei den Verhandlungen in Essen in den Vertrag aufgenommen worden ist, so sind die für Düsseldorf (Land) festgelegten Löhne von der Aufnahme der Arbeit ab zu zahlen und nachzugahlen. Die Gilbener Arbeitgeber sollen eine diesbezügliche Erklärung an den Vorsitzenden einreichen.

Sondervertrag der Firma Jensen in Düsseldorf. Die Angelegenheit wird vertagt, da Jensen in der in Frage kommenden Zeit nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes gewesen sein soll. Der Vorsitzende des Düsseldorfer Arbeitgeberverbandes Mühlentkamp wird zur Feststellung, ob Jensen Mitglied war oder nicht, die ihm geführte Korrespondenz vorlegen.

Lohnzahlung bei Lösung des Arbeitsverhältnisses. Die Bestimmungen hierüber sind im Tarifvertrage ausdrücklich festgelegt.  
Antrag auf Einziehung der Zimmerer der Stadt- und Landkreises Wülheim (Rhein) in den Vertrag. Der Antrag wird zurückgezogen.  
gez.: Dr. Fuchs, gez.: Firmenich.

Bezirk Karlsruhe. Die Firma Kiefer & Engel versuchte bei ihren Bauten in Mühlburg an der Eisenbahnstrecke die Akkordearbeit einzuführen. Die Maurer, welche sich weigerten, in Akkorde zu arbeiten, wurden kurzerhand entlassen. Da in Güte keine Einigung mit der Firma zu erreichen war, wurde die Sperre über die in Frage stehenden Bauten verhängt. Dies brachte die Herren denn auch auf andere Gedanken, man konnte jetzt mit ihnen reden und nach zweitägiger Dauer konnte die Sperre nach Abschluß eines Tarifvertrages wieder aufgehoben werden.

Bezirk Kattowitz. Der Kampf im Baugewerbe des ober-schlesischen Industriebezirkes scheint sich schneller seinem Ende zu nähern, wie man es in den Kreisen der Kampfenden erwartet hatte. Am Freitag, den 16. Juli, meldete die Tagespresse, daß der Arbeitgeberverband in seiner Sitzung am Donnerstag beschlossen habe, das Gewerbegericht in Kattowitz als Einigungsamt anzurufen. Die Verhandlungen fanden dann auch am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaale des Gewerbegerichtes unter der Leitung des Herrn Stadtrats Herr Hart. Zu den Verhandlungen waren von den Arbeiterorganisationen der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauführer Deutschlands, sowie die Zentralverbände der Maurer und Zimmerer Deutschlands geladen. Als Vertreter



ungeladener Gast stellte sich auch „Sitz Berlin“ mit seinen Vertretern Götz und Latta ein. Vor Eintritt in die Verhandlungen gaben die Vertreter der drei genannten Organisationen die Erklärung ab, mit „Sitz Berlin“ nicht gemeinsam zu verhandeln. Der Vorsitzende erklärte daraufhin, daß die Fachabteilungsvertreter nicht zugelassen würden, zumal dieselben auch nicht eingeladen waren. Die Bitte des Herrn Götz wandte sich mit Hilfegebenden den Arbeitgebern zu, aber auch diese schützten und gaben somit ihre Zustimmung zu der Ausschließung der Fachabteilungen. Nachdem ca. 4 Stunden verhandelt war, kam in allen Streitfragen eine Einigung zustande. Der Lohn steigt nach dieser Vereinbarung von 40 Pf. auf 43 Pf. Beide Parteien verpflichteten sich, in den Generalversammlungen am Montag für die Annahme der Vereinbarungen einzutreten. Sofern beide Versammlungen zustimmen, soll die Aufnahme der Arbeit am Dienstag morgens erfolgen. Wie wird sich „Sitz Berlin“ jetzt herausgeben und schreien? Man behauptet: Herr Mustol, seines Reichens Arbeitersekretär von „Sitz Berlin“, erklärt vor Ausbruch der Bewegung in den Versammlungen unsere Forderungen für unerfüllbar und ungerecht. Die Herren Götz, Berlin und Latta als „Vertreter“ der Fachabteilung für das Baugewerbe im Verbandsrat von „Sitz Berlin“ schließen mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Oberschlesien einen Tarifvertrag mit 40 Pf. Maximallöhne ab. (Im alten Verträge waren 40 Pf. Maximallöhne ab, auch gezahlt worden.) Der Arbeitgeberverband hält in letzter Stunde „Sitz Berlin“ nicht für vertragsfähig und sperrt auch diese aus. Das heißt, sollte sie mit aussperrten, könnte es aber nicht, da „Sitz Berlin“ im Baugewerbe Oberschlesiens keine Mitglieder aufweisen kann. Weiter, „Sitz Berlin“ hatte seinen Tarifvertrag mit 40 Pf. Maximallöhne in der Tasche, versucht sich dennoch am 17. Juli zwischen die Verhandlungen zu drängen, um an einem neuen Tarifabschluß mitzuwirken. Kann die Selbstbewegung einer Arbeiterorganisation wohl weiter getrieben werden? Wir glauben es nicht. „Sitz Berlin“ ist allerdings unbedenklich. Jedenfalls hat diese katholische „Veruss“-Organisation den Oberschlesischen Arbeitern einmal die Augen geöffnet, wo ihre Interessen wirklich vertreten werden.

**Bezirk Köln.** Der seit dem 5. Juni bestehende Streik in Weibert, Heiligenhaus und Dörnisdorpe dauert unverändert fort. Weil hier der Organisationsgedanke noch lange nicht von allen Kollegen erfasst ist, haben wir mit vielen Streikbrechern zu rechnen. Auch die Polizei leistet hier, wie es ja auch anderwärts der Fall ist, in der Beschäftigung derselben Vorzügliches. Es scheint fast so, als ob man glaubte, die Arbeiter träten aus Übermut oder zum Vergnügen in einen Streik. Wenn demnächst aber wieder die erhöhten Steuern und Lebensmittelpreise zu begleichen sein werden, wird von der Polizei höchstwahrscheinlich nicht danach gefragt, ob die Arbeiter auch sonst verbieten, daß sie die Ausgaben erschwingen können. Auch ein italienischer Streikbrecheragent macht hier gute Geschäfte. Dieser Herr hat hier 20 Italiener in Arbeit gebracht und verlangt von uns für jeden 50 M., dann wollte er sie wieder mitnehmen. Die Streikenden haben es aber fertig gebracht, diese Leute auch ohne 50 M. pro Mann zur Abreise zu bewegen. Verhandlungen zwischen den Unternehmern nach wie vor rümbweg ab. Ob sie aber nicht durch die gute Konjunktur eines Besseren belehrt werden, ist eine andere Frage. Herr Bauunternehmer Mannery aus Heiligenhaus erlaubte sich so gar einen unserer Kollegen auf öffentlichen Straße, auch ohne daß dieser ein Wort mit ihm oder seinen Streikbrechern gesprochen hätte, Streikbrüder, Hungerleider usw. anzuschreien. Er forderte ihn auf, mit ihm unten in den Wald zu gehen, er sagte dabei zu seinen Getreuen: „Wenn er das tut, dann werden wir ihn unten im Wasser ersaufen.“ Über selbst seinen Streikbrechern konnte ein solch robustes Benehmen nicht gefallen, weshalb sie alle die Arbeit niederlegten. Alle Kollegen bitten wir, uns durch Fernhaltung des Fußes in diesem Kampfe zu unterstützen.

**Bezirk München.**  
**Regensburg.** Am 28. Juni und 1. Juli fanden im Rathaus Tarifverhandlungen für das Baugewerbe zwischen dem Arbeitgeberverband, unserem Verbandsrat und den sozialdemokratischen Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter statt. Bis jetzt waren bei 9½stündiger Arbeitszeit und 10wöchiger Lohnzahlung für Maurer und Zimmerer 42 Pf. und für Bauhilfsarbeiter 34 Pf. pro Stunde festgelegt. Von unserer Seite wurde dem Arbeitgeberverband eine Tarifvorlage unterbreitet, dahin lautend, daß die bis jetzt gezahlte Tagelohnbezahlung beibehalten wird und die derzeitige festgelegten und bis 1. Juli gültigen Löhne für heuer um 6 Pf. und ab 1. April 1910 um weitere 4 Pf. pro Stunde erhöht werden; des Weiteren forderten wir Neuregelung und höhere Bezahlung der Ueberstunden, sowie Zuschläge und anderweitige Verbesserungen bei verschiedenen Spezialarbeiten u. a. m. Die sog. Verbände sollen dagegen eine sofortige Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde gefordert haben. Wir sagen „sollen“, weil uns offiziell nichts davon bekannt wurde und die Genossenschaftler während der fast zweitägigen Verhandlungen mit keinem Wort ihre aufgestellten Forderungen erwähnten oder verteidigten. (Warum nicht?) Ferner haben die sog. Verbände, welche einzeln ihre Forderungen einreichten, bei Bezahlung der Ueberstunden, Ueberlandarbeit, sowie verschiedenen anderen Positionen keine übereinstimmenden Vorlagen eingereicht, sondern sich gegenseitig auf das Haupt geschlagen. Und dies, trotzdem sie mehrere gemeinsame Sitzungen, wie ihre Führer mehrmals betonten, abgehalten haben. In diesen gemeinsamen Sitzungen sollen die roten Häkelführer eingehend Pläne erworfen haben, wie sie die + f Christlichen bei den offiziellen Verhandlungen am besten ausschalten könnten. Diese Vermutung gewinnt an Glaubwürdigkeit, wenn man vergleicht, mehrere gemeinsame Sitzungen und als Resultat: sich direkt widerprechende Forderungen. Aber zur Verwirklichung des Planes, die Christlichen auszuschalten, scheint es bei den Genossenschaftlichen nicht ganz geheuer gewesen zu sein, denn niemand von ihnen stellte einen diesbezüglichen Anschlag vor, obwohl der Gauleiter Merkel-München (sog. Maurerverband) unserem Bezirksleiter schriftlich mitteilte, daß sie beschloßen hätten, uns gegenüber beim früheren M o b u s (d. h. Ausschluß unserer Organisation) zu bleiben. Sonach hat es den Anschein, daß bei den Genossen noch in letzter Stunde eine Ermüherung einsetzte und sie sich der Niederlagen erwiderten, die sie früher bei ähnlichen Anträgen einheimsten. Eingangs der Verhandlung einigte man sich, auf Grund der bisher bestehenden Tarifverträge zu verhandeln. Ueber Arbeitszeit, Einteilung der Ueberstunden und Nacharbeit, sowie Bezahlung hierfür, sowie bei Spezialarbeiten und auswärtsigen Arbeiten wurde schon am ersten Tage förmlich eine Einigung erzielt. Bei Festlegung der Stundenlöhne schlugen die Arbeitgeber vor, den bis jetzt für 10 Stunden bezahlten Lohn in die 9½stündige Arbeitszeit umzurechnen und hierzu eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde zu gewähren. Im Grunde genommen, waren sämtliche Arbeitgebervertreter mit der Umrechnung einverstanden, obwohl sich Parteien herausstellten, aber mit dem Angebot, die Stundenlöhne um 2 Pf. zu erhöhen, nicht. Dagegen forderten sämtliche Vertreter der Bauarbeiter eine sofortige Erhöhung von 5 Pf. die Stunde. Hierzu erklärte die Vertreter der Arbeitgeber, höhere Konzessionen als gefordert, ohne Bestehen einer Vollversammlung nicht machen zu können. Somit wurde die Verhandlung auf den 1. Juli vertagt. Inzwischen hatte der Arbeitgeberverband eine Vollversammlung abgehalten, die sich für Beibehaltung des jetzigen Zahlungsmobus (9½stündige Arbeitszeit bei 10wöchiger Lohnzahlung) und Erhöhung der derzeitigen

bezahlten Löhne um 2 Pf. pro Stunde festlegte. Diese Vorschläge sind aber von den Arbeitern nicht akzeptiert worden, was zur Folge hatte, daß die Mittellöhne für Maurer und Zimmerer um 3 Pf. und die der Bauhilfsarbeiter um 2 Pf. erhöht wurden. Alle Arbeiter, welche schon über den Minimallohn (d. h. 42 bzw. 34 Pf.) entlohnt werden, erhalten eine Zulage von mindestens 2 Pf. Ebenso sind bei den Ueberstunden, Ueberlandarbeiten und sonstigen Arbeiten Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Mobus erzielt worden. Zweifelsöhne wäre mehr erreicht worden, wenn die bislang bestanden Verträge statt am 1. Juli heuer im Frühjahr abgelassen wären. Daß dem so ist, daran sind die sog. Verbände schuld. Die nun verlängerten bzw. ergänzten Tarifverträge gelten bis 31. März 1910.

**Bezirk Münster.**  
**Lingen.** Wir schreiben in Nr. 27 dieses Blattes unter Bezugnahme auf den hiesigen Streik im Baugewerbe u. a.: „Eine eigentümliche Rolle spielt auch der Direktor der Igl. Eisenbahn-Handwerkstätte hier selbst. Der Vater eines Mitgliedes unserer Organisation arbeitet auf der königlichen Werkstätte. Es wurde ihm von dem Direktor erklärt, daß wenn er seinen Sohn nicht nach der Arbeit schicke oder dafür Sorge, daß er die Arbeit aufnehme, er sofort von der Werkstätte entlassen würde, obgleich derselbe 15 bis 20 Jahre dortselbst gearbeitet hat. Es wurde dem Sohne nun von uns gesagt, daß er abreisen sollte und anderwärts in Arbeit treten. Aber auch dieses war dem Direktor nicht genug, sondern derselbe sollte speziell in Lingen die Arbeit aufnehmen. Somit war der Sohn gezwungen, Streikbrecher zu werden, um seinen Vater nicht um das tägliche Brot zu bringen. Wo bleibt da die Freizügigkeit im deutschen Vaterlande, wenn schon die Beamten dazu übergehen, ihre Arbeiter zu willenlosen Sklaven herabzuwürdigen.“

Dazu geht uns folgendes Schreiben zu:  
 „Unter Bezugnahme auf den Artikel in Nr. 27 Ihres geschätzten Organs vom 4. d. M.: „Die Lohnbewegung in Lingen“ betreffend, in dem ich und mein Sohn gemeint sind, eruche ich ergebenst, folgende Verichtigung in Ihr Blatt aufzunehmen: „Es beruht auf Unwahrheit, daß mir seitens des Vorstandes der hiesigen Eisenbahn-Hauptwerkstätte, in welcher ich seit 25 Jahren als Tischler beschäftigt bin, die Entlassung für den Fall angedroht worden ist, daß ich meinen erst 17 Jahre alten Sohn Hermann nicht sofort von der Streikbewegung fernhalten und ihn zur Wiederaufnahme der Arbeit anhalten würde.“

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß der Vorstand lediglich in ernstmeiner Absicht mir den Rat erteilt hat, auf meinen Sohn in der vorbezeichneten Weise einzuwirken. Schließlich eruche ich noch ergebenst um gefl. Uebersendung einer Nummer Ihres Blattes mit der Verichtigung. Hochachtungsvoll Kruse, Tischler.“

Wir bemerken zu dieser Verichtigung, daß es uns nicht möglich war, an Ort und Stelle bei unseren Leuten Erkundigungen darüber einzuziehen, wie sie zu der aufgestellten Behauptung gekommen sind. Wir werden auch darin Vorbehalt lassen im Interesse des p. p. Kruse. Was uns jedoch auffällt, ist, daß Kr. die Verichtigung nicht selbst geschrieben hat, er hat sie lediglich unterzeichnet. Es wäre interessant, zu erfahren, wer nun die Verichtigung aufgesetzt hat und in wessen Auftrag, wie sie überhaupt zustande gekommen ist. — Was uns interessiert, ist das Jugeschick, daß „der Vorstand lediglich in ernstmeiner Absicht den Rat“ erteilt. Wir sind erfahren genug, um eine derartige „Materteilung“ bewerten zu können, wollen aber trotzdem keinen Zweifel in die Verichtigung setzen. Aber auch das ging über die Kompetenz des Vorstandes. Es handelt sich lediglich um eine Privatangelegenheit des Kr., in dem Vorstand gar nichts anging. Und wir verbiten uns nur das, was der Herr Vorstand im gleichen Falle selbst tun würde. Wir meinen, ein Staatsbeamter, der im Dienste sämtlicher Bürger steht, sollte den Schein meiden, der die Vermutung einer einseitigen Stellungnahme zugunsten einer Partei aufkommen läßt. Der Herr Vorstand muß es uns daher überlassen, welche Gedanken wir uns über seine „Materteilung“ machen.

**Verbandsnachrichten.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstage morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Pader.**  
**Köln, 11. Juli.** Unter den ungünstigen Konjunkturbedingungen haben besonders die Kollegen im hiesigen Padergewerbe zu leiden. Nicht allein, daß sie, wenn die eine Arbeit fertig ist, oft Tage und auch schon manchmal wochenlang zu unfreiwilligem Stillstand gezwungen sind, bis die anderweitige Arbeit bekommen, sondern es werden auch die Woford-Tarifpreise derart gedrückt, daß es geradezu ein Skandal genannt werden muß. Kommt es doch sogar vor, daß Leute, die sich Padermeister schimpfen, die Arbeiter mit Stellen des Gerüstzeuges und Zahlen des Krankengeldes billiger übernehmen, als die Gesellen nach dem Tarif erhalten sollen. Des öfteren wird von den Unternehmern gesagt, wenn die Kollegen um ein Stück Arbeit anfragen, „Reichen Sie Offerte ein.“ — Wozu, so fragen wir, ist dieses notwendig, wenn die Unternehmer den Tarif für sich als maßgebend anerkennen? Dann bedeutet das Offerte-Einreichen doch nichts anderes als Preisdrückerei und Umgehung des Tarifvertrages. Es ist sogar vorgekommen, daß, als Kollegen sagten, sie brauchten eine Offerte, da der Tarif doch die Preise vorsehe, dieselben ausgelacht wurden, und ihnen bedeutet wurde, „dann geht mal ruhig weiter, wir bekommen die Arbeit schon billiger gemacht.“ — Wer läßt sich denn herbei und macht die Arbeiten unter Tarif? — Die organisierten Pader werden dieses nicht tun. Ausnahmen beständen nicht die Regel. Aber die Zwischenmeister, auch Schwirmermeister genannt, sowie auch die Indifferenten sind es, welche hier die Wurzel des Übels bilden. Auf die Dauer wird das Treiben dieser Leute dahin führen, daß im Padergewerbe es unmöglich wird, einen Tarif durchzuführen. In dem Bestreben, dem einen kräftigen Miegel vorzuschreiben, ist es Pflicht aller organisierten Kollegen, einzig zu sein. In einer kürzlich stattgefundenen gemeinschaftlichen Vorstandssitzung der „Freien“ und unserer Organisation besaßte man sich mit den obengenannten Mißständen, und man beschloß, in Zukunft namentlich dem Umpfen der Zwischenmeister zu steuern. Alle Kollegen sollten verpflichtet werden, gleichviel ob sie bei Stukateur- oder Padermeistern beschäftigt sind, das Kolonnenystem durchzuführen, selbstverständlich nur zu den Tarifpreisen. Wo demgegenüber Schwierigkeiten gemacht werden, soll bei denjenigen, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, die Schlichtungskommission angerufen werden. Bei unorganisierten Unternehmern soll, falls dieselben eine friedliche Einigung, d. h. die Anerkennung des Tarifes verweigern, sofort mit Sperren vorgegangen werden. Die verschiedenen Sperren bei Glasmacher, Peter Kiese, in Baugesellschaft „Polonia“, Merling & Meyer, sowie im Stuckgeschäft Schüller sind Zeugen davon, daß es den Verbänden ernst ist mit der Beseitigung der Mißstände im Gewerbe. Eine heute stattgefundene außerordentliche Generalversammlung besaßte sich ebenfalls mit der Lage in unserem Gewerbe und wie den Mißständen abzuhelfen sei. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß nur ein energisches Vorgehen gegen das Zwischenmeisterthum gesunde Verhältnisse

im Beruf schaffen könnte. Die in der gemeinschaftlichen Vorstandssitzung empfohlenen Maßnahmen wurden gutgeheißen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen nochmals dringend auf, alle Verstöße gegen den Vertrag, welche die Kollegen erfahren, sofort dem Vorstände der Sektion oder auf dem Bureau (Palnstraße) zu melden. Denn das Wohl unseres Gewerbes und nicht zuletzt dasjenige unserer Familie zu fordern, daß wir unsere Interessen wahren.

**Münster i. W.** Die schlechte Konjunktur des vergangenen Jahres hält auch für dieses Jahr in der Stadt Münster noch an. Diesen Zustand suchen die Unternehmern sich zu Nützen zu machen, besonders in dem Zimmererberufe. Wenn mal hier und dort ein Kolier einen älteren Kollegen einstellt, dann dauert es nicht lange, bis ihn das gestrenge Auge des Unternehmers erblickt hat, und er ist wieder überflüssig. Die Firma Wülfers trägt ihre Postere, wenn ein älterer Kollege eingestellt ist, ob dieser bei ihnen eine Altersrente ansuchen wolle. Trozdem werden immer noch Zimmerer gesucht. Man will eben die jungen Kollegen zur Zeit einer Krise mit Gewalt ausnutzen, und die älteren läßt man einfach zu Hause darben. Es ist dieses ein Fingerzeig für die jüngeren Kollegen, daß sie jene Orte meiden, wo eine schwache Konjunktur ist, und die eingelassenen jungen, unverheirateten Leute sollten abreisen, um den älteren Platz zu machen. Denn zur Zeit der Krise gehen die Arbeitgeber darauf aus, die Älteren, Verheirateten aus der Arbeit zu drängen, um sie müde zu machen. Sie wissen auch ganz genau, daß dieser mehr als ein junger Arbeiter an der Scholle gebunden ist. Wenn wir wahre Solidarität üben wollen, müssen wir nicht allein für uns selbst sorgen, sondern auch für unsere Mitarbeiter. Gegen die Arbeitslosigkeit der verheirateten Kollegen können an erster Stelle die jungen Kollegen einen sehr großen Teil mit beitragen, indem sie abreisen, wo Arbeitsmangel herrscht und nicht immer an der Scholle kleben. Die Jugendlichen müssen bedenken, daß auch sie einmal alt werden und es ihnen dann ähnlich ergehen kann. Lassen wir uns nicht von dem Egoismus beherrschen, nur stets zu Hause, d. h. in der Heimat, arbeiten zu wollen, sondern auch auf Opfer bringen für die Arbeitersache, wenn es sein muß. Wenn wir gut Mitglieder unserer Organisation sein wollen, müssen wir an erster Stelle die Solidarität hochhalten.

**Dachdecker.**  
**Trier.** Bald zwei Jahre sind es, daß unsere Zählstelle gegründet wurde. Im ersten Jahre schon gelang es uns, eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde und eine Lohnerhöhung von sieben Pfennig pro Stunde zu erzielen. In diesem Frühjahr wurde der Lohn wiederum von 48 auf 50 Pf. erhöht, so daß wohl jeder der Kollegen den Wert und die Vorteile des Zusammenschlusses einsehen muß. Nachdem nun so der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zur Zerstreuung der Kollegen und eines jeden objektiv Urteilenden für uns eingetreten ist, muß es um so bestrebender wirken, daß jetzt, nachdem die Kollegen diese Vorteile errungen haben, auch der rote Dachdeckerverband „Itho n“ auf der Bildsache erscheint, um sich Mitglieder zu suchen. Folgender Brief ging einem unserer Kollegen zu:  
 „Köln, den 12. Juni 1909.“

Werter Kollege! In den letzten Wochen hatte ich verschiedene Gelegenheiten, mich mit Trierer Kollegen über die dortigen Verhältnisse zu unterhalten und wurde mir von bierigen Kollegen gesagt, daß unsere in Trier beschäftigten Kollegen sich gern ihren Kollegen im Dachdeckerverband anschließen möchten, es wolle nur so recht keiner den Anfang machen. Ich wende mich dieserhalb an Deine werthe Adresse mit der Bitte, mir in den nächsten Tagen einmal mitzuteilen, ob Neigung bei den Kollegen zum Eintritt in den Dachdeckerverband vorhanden ist. Auch bin ich bereit, Dir jede Woche eine Anzahl Exemplare der Dachdeckerzeitung zuzuschicken, wenn, wie gesagt, die Absicht zum Eintritt in unseren Verband vorliegt. In der Erwartung, daß Du meiner Bitte entspreichst, zeichnet mich kollegialer Gruß:  
 Fritz Piepenbring,  
 Gauleiter des Dachdeckerverbandes (Bureau-Adresse: Köln am Rhein, Volkshaus, Severinstraße.)

Wir fragen: Können sich die Herren „Genossen“ so vertustelt wenig um die Trierer Dachdecker, daß es ihnen unbekannt geblieben ist, daß der Zentralverband christlicher Bauhandwerker für die Kollegen von Trier so große Verbesserungen erzielt hat? Wenn das zutrifft, dann bedanken wir uns für solche „Vertretung“! Weiß Genosse Piepenbring jedoch um die Trierer Verhältnisse, dann bedauern wir einen solchen „Arbeiterführer“, der den Mund nicht voll genug nehmen kann und für die Einigkeit der Arbeiter zu predigen, im geheimen Zwietracht zu säen sucht. Mag dem sein, wie es will. Die Trierer Kollegen sind sich wohl bewusst, wer für sie eingetreten ist. Sie haben ihre Vertretung im Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, und tragen kein Verlangen, unter die Ämte der roten Partei zu kommen.

**Maurer.**  
**Düren.** In einer am Sonntag, den 27. Juni, im Vereinshaus zur Altschule stattgefundenen stark besuchten Versammlung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeitervereinigungen des Kreises Düren, an welcher der Reichstagsabgeordnete für Düren-Sülz, Fürst Ealm-Reifferscheidt, teilnahm, wurde Stellung genommen zu dem Entwurf des Gesetzes betr. die Arbeitskammern. Das Referat hielt der Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Herr Joos aus M.-Glabach. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 27. Juni 1909 im Saale des Vereinshauses zur Altschule abgehaltene Versammlung der Vertreter von 2600 christlich-nationalen Arbeitern des Kreises Düren spricht sich für Errichtung von paritätischen Arbeitskammern aus, weil sie darin gegenüber den reinen Arbeiterkammern eine größere Garantie für praktische Erfolge und ein geeignetes Mittel, die sich entgegenstehenden Gruppen der Arbeitgeber und Arbeiter näher zu bringen, erblickt. Weil jedoch viele Arbeiter infolge der Abhängigkeit von den Arbeitgebern in ihrer freien Betätigung bei Regelung gemeinschaftlicher Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter beschränkt sind, erwartet die Versammlung, daß der Beschluß der Reichstagskommission, monach die Vorsitzenden oder Beamten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen als Vertreter in die Kammern gewählt werden können, im Plenum des Reichstags Annahme finden wird. Versammlung spricht sodann die bestimmte Erwartung aus, daß Reichstag und Bundesrat die Wünsche der christlich-nationalen Arbeiterschaft berücksichtigen mögen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für einen engeren Zusammenhalt der Arbeiter in den großen Organisationen Sorge zu tragen, wurde die glänzend verkaufte Versammlung vom Einberufer, Herrn Gewerkschaftssekretär Koch, geschlossen.

**Sonntag.** (Bezirkskonferenzbericht.) Am 20. Juni fand in Neustadt (Westpr.) unsere diesjährige Bezirkskonferenz statt. Vom Hauptvorstande war Kollege Schmidt (Berlin) erschienen. Die Zahlstellen waren durch 19 Delegierte vertreten. Keine Delegierten hatten entlaubt: Dirschau (Maurer), Raitau, Fr.-Stargard und Christburg. Der Bezirksleiter Müller begrüßte den Vertreter des Hauptvorstandes sowie die Delegierten und Gäste, dankte auch den Neustädter Kollegen für den freundlichen Empfang. Als Leiter der Konferenz wurde Kollege Müller, als Schriftführer Kollege Lemke-Danzig einstimmig gewählt. Als ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Müller seinen Tätigkeitsbericht. Obwohl die schlechte Baukonjunktur unangenehm auf die einzelnen Mitglieder sowie die



geante Mitgliederbewegung eingewirkt hat, ist durch eine intensive Agitation der Arbeiter durch neue Mitglieder hat ersetzt worden. Nur Änderung der durch Arbeitslosigkeit in Not geratenen Mitglieder fanden in Oliva, Poppo und Neustadt große Arbeitslosenversammlungen statt. Die dabei selbst eingebrachten Petitionen waren erfolglos. Sohin kämpfte fanden in größeren Umfange nicht statt, da 942 Kollegen unter tariflichen Bedingungen arbeiten; für diese Kollegen trat im Berichtsjahre eine Verbesserung von 1-5 Pf. ein. Der Versammlungsbuch mußte sich noch bessern. Besonders ist es notwendig, daß als Hauskassierer die besten und tüchtigsten Kollegen freiwillig melden. Da keine es dann nicht vorkommen wie in Poppo, wo einige Hauskassierer wegen Unterschlagung kleinerer Beträge angezeigt werden mußten. Dieselben sind jetzt vom sozialdem. Zimmerverband als Mitglieder aufgenommen worden. Die Hauptbewegung der Genossen wurde eingehend beleuchtet. Auch schädigt unsere Entwicklung die polnische Organisation. In Kattau hat man unsere Kollegen in einer Versammlung mit Schnaps und Bier für 36 M. traktiert, um sie zum Uebertreten zu bewegen. Doch scheiterte auch diese Agitationsweise an unseren Kollegen, welche im Gegensatz zu den Polakern alle treue Mitglieder unserer Organisation geblieben sind. Auch wurde Klage geführt, daß in Schied der Bürgermeister die Wirte beeinflusst, ihre Lokalitäten zu Versammlungen nicht herzugeben, da er befürchtet, die Arbeiter könnten „aufgefährt“ werden. Nach seiner eigenen Aussage sind die Arbeiter dort mit Heringsstücke und Kartoffeln zufrieden. Der Bericht klang aus in einem Appell, jeder an seinem Platz zur Stärkung der Organisation beizutragen. Die Delegierten berichteten über die wichtigsten Vorkommnisse aus ihren Bezirken; alle konnten mitteilen, daß in diesem Jahre ein Fortschritt zu verzeichnen ist. Als weiteren Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Schmal (Oliva) einen Vortrag über „unsere sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben“, ferner Kollege Deuster (Danzig) über „unsere Stellungnahme zur Tarifbewegung 1910“. Beide Referenten ernteten für die trefflichen Ausführungen den Beifall der Delegierten. An diese Referate schloß sich eine längere Diskussion, an welcher sich Kollege Schmidt (Berlin) in umfassender Weise beteiligte. Als Antrag nahm der von der Verwaltungskasse Danzig eingebrachte, behufs Anstellung eines Lokalbeamten, die meiste Zeit in Anspruch. Ueber die auszubringenden Mittel soll in den einzelnen Bezirken Stellung genommen werden. Sämtliche Redner erkannten die Notwendigkeit an, daß noch eine Kraft freigestellt werden muß, wenn wir noch mehr Fortschritte machen wollen. Kollege Deuster berichtete über die eingeführte Arbeitslosen-Unterstützung der Zimmerer Danzigs. Kollege Müller erteilte noch einige praktische Ratschläge für die Agitation, dankte allen Kollegen, welche durch Vorträge und sachliche Diskussion die Konferenz zu einer nutzbringenden gemacht haben, und schloß dieselbe um 6 Uhr. Im Anschluß daran fand eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, in der Kollege Schmidt (Berlin) als Referent über die „Allgemeine wirtschaftliche Lage im Baugewerbe“ sprach. Die Kollegen Müller, Deuster und Schmal ergänzten in noch längeren Ausführungen den interessanten Vortrag. Mögen die Verhandlungen dazu beitragen, daß der christliche Bauhandwerkerverband immer mehr erstarke und gefestigt wird.

**Leer, 2. Juli.** In Jhrhove bei Leer in Ostfriesland ist es uns auch endlich gelungen, eine Bezirksstelle unseres Verbandes zu gründen. In einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung wurde den Anwesenden der Unterschied zwischen freien und christlichen Gewerkschaften vor Augen geführt. Es war dieses notwendig, zumal die Kollegen früher alle der freien Gewerkschaft angehört hatten. Letztere versuchten in der Versammlung, das für sie verbindende Gebiet zu behaupten, die Bauarbeiter von Jhrhove erklärten aber einstimmig: Nach den üblen Erfahrungen, die wir in der freien Organisation gemacht haben, kann für uns, wenn wir uns organisieren wollen, nur die christliche Organisation maßgebend sein. Anwesend waren 23 Kollegen, wovon sich gleich 20 in den Vorreden so sehr verhassten christlichen Verband aufnehmen ließen. Es nützt den Genossen alles nichts, die christliche Organisation läßt sich nicht abhalten. Wir werden den Boden Schritt für Schritt erkämpfen, bis der letzte zu uns gehörende Arbeiter in den Reihen der christlichen Organisation eingelaufen ist. Auch im hohen Norden sind noch Laufende von christlich denkenden Arbeitern, die nur dem Zwange der roten Gesellschaft gehorchend, der freien Gewerkschaft angehören. Für diese wird auch die Zeit nicht mehr allzufern sein, wo auch sie sich der Organisation anschließen können, die dem Arbeiter seine persönliche Freiheit läßt, und auf wirtschaftlichem Gebiete in so hervorragender Weise für das Wohl der Arbeiter gekämpft hat. Wir in Jhrhove wollen nun weiter arbeiten auf dem beschrittenen Wege, bis der letzte christlich denkende Arbeiter in Ostfriesland den Reihen der christlichen Gewerkschaften beigefügt ist.

**Bauhilfsarbeiter.**

**Trier.** Hier referierte unser Bezirksleiter Kollege Beltum-Saarbrücken in einer öffentlichen Bauhilfsarbeiter-Versammlung am 1. Juli über: „Wie werden die Interessen der Bauhilfsarbeiter vertreten und wo werden sie vertreten“. Er schilderte in packender Weise das Vorgehen der Unternehmer im Saarrevier, die die Arbeiter aufs Pfaster gebracht haben, weil diese sich ihr Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnisse nicht rauben lassen. Nur die Einmütigkeit der Kollegen könne die Unternehmer zur Anerkennung der Rechte der Arbeiter zwingen. Auch die Trierer Bauhilfsarbeiter sollten endlich zum Einsprechen kommen und sich organisieren. Während ihre Mitkollegen, die Maurer, Dachdecker und Stukkateure, sehr vorteilhafte Lohnbewegungen machten, können die Bauhilfsarbeiter, dank ihrer Ineffektivität, noch immer bei ihren absolut unzulänglichen Lohnverhältnissen weiterwurseln. — Sorge jeder, auch die organisierten Maurer, dafür, daß die Bauhilfsarbeiter sich zusammenfinden in dem Verbände, damit ein Schritt voran gemacht werden kann in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach dem sehr sachlichen und lehrreichen Vortrage meldete sich zur Diskussion „Genosse“ Thiemann, Maurer. Allen Anwesenden sprach er als Wort seiner Ausführungen betragend: „Nichts ist so dümm, es findet stets sein Publikum“. Die christlichen Maurer haben nichts für die Bauhilfsarbeiter getan; bei dem „Streik“ vor zwei Jahren hat man nichts für dieselben getan. Die Christen haben eben kein Geld für so was. Zu uns haben die Bauhilfsarbeiter Vertrauen; heute sind zu wenig Hilfsarbeiter hier, weil sie nur bei uns vertreten werden.“ So ging's eine lange Zeit; war's erst über Späth fragte sich mancher der Kollegen. Als folgender Diskussionsteil sprach der Vorsitzende Lambert. Er stellte fest, daß nach den Ausführungen des „Genossen“ Thiemann zu urteilen, dieser am allerletzt als Leiter der Bauhilfsarbeiter von Trier gelten könne. Wirklich spähig sei es, wo doch vor zwei Jahren hier der Tarif ohne jeden Streit abgeschlossen wurde, daß damals der christliche Verband kein Geld gehabt hätte für die Bauhilfsarbeiter. Nicht der christliche Verband, sondern der Indifferentismus der Bauhilfsarbeiter und dazu die Genossen vom roten Maurerverband sind schuld, daß die Bauhilfsarbeiter nicht in die Forderung mit einbezogen wurden. Der „freie“ Vertreter habe damals gesagt: Wir machen das recht für die Maurer, das andere geht uns nichts an. Als danach trotzdem der christliche Verband Forderungen für die Bauhilfsarbeiter stellte, seien es gerade die „Freien“ wieder gewesen, die bei in den entscheidenden Versammlungen fehlten, so daß schließlich die Sache im Sande verlaufen mußte. Dann „Genosse“ Thiemann vom schlechten Besuche der Versamm-

lung rede, so fragte er ihn: War es nicht wieder der „freie“ Verband, der gestern an alle Bauhilfsarbeiter lief und die Kollegen von der Versammlung fernhielt? Mit solch erbärmlichen, feigen Mitteln suchen die Genossen Mitglieder zu werben für sich und ein Vorkommen der Arbeiter zu verhindern. Hier komme man, noch mit dem Neutralitätsmantelchen behangen, um das rote Fell zu verdecken. In einem Artikel der neuen sozialdemokratischen Jugendzeitung, die gemeinsam mit den „freien“ Gewerkschaften herausgegeben wird, zeigte Nebner, wie schon der Jugend der Glaube an Gott und das Jenseits systematisch auf brutale Art geräubt werden soll, um nachher desto gefügigere Nachläufer zu haben. Die Trierer Bauhilfsarbeiter sollen ihre Mitarbeiter am Bau betrachten; sie haben durch den Zusammenschluß im christlichen Bauarbeiterverbande sehr große Vorteile erungen und nicht die Organisation, sondern die Kollegen selbst sind schuld, wenn für sie nichts gemacht werden kann. Kollege Felt bestätigt diese Ausführungen und sagte, daß die Mitgliederzahl der „Freien“ wohl um die Hälfte gesunken seien, um den Kollegen Sand in die Augen zu streuen. Festgestellt zu werden verdient noch die Aeußerung eines „freien“ Maurers namens Raas. Er sagte: „Ich bin im Zentralverband der Maurer Deutschlands und kein Sozialdemokrat; das verbitte ich mir.“ Das beweist wieder zu recht, welche Aufklärungsarbeit in Trier noch nötig ist, bis die Kollegen im „freien“ Verbände, die ihrer Ueberzeugung nach zu uns gehören, einmal wissen, wo sie dran halten! In seinem Schlußwort (beim Beginn desselben verdufteten die „Genossen“) stellte Kollege Beltum fest, daß es die „Genossen“ gewesen seien, die den Bauhilfsarbeiter in die Versammlung gezwungen hätten. Jetzt aber verdufteten sie, wie das so Brauch sei bei ihnen. Er sagte nur das eine: Die Bauhilfsarbeiter im Verein mit allen christlich organisierten mügen durch praktische Kleinarbeit sorgen, daß die Kollegen sich organisieren. Dann wäre es auch ihnen möglich, Vorteile für sich herauszuschlagen. Drum tue jeder seine Pflicht als Gewerkschafter; der Erfolg wird nicht ausbleiben.

**Aus unseren christlichen Verbänden.**

**Auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken** kann der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Die Nummer 27 des „Holzarbeiters“, Organ des Verbandes, erschien aus diesem Anlaß in festlichem Gewande. „Die schwierigsten Verhältnisse“, so heißt es in dem Festartikel, „Geldmangel, Gleichgültigkeit der Berufskollegen, Bekämpfung durch die Gegner usw. haben den Erfolg nicht vereiteln können, daß aus ca. 100 Mitgliedern der ersten Bezirksstelle in München heute 11000 in 255 Verwaltungs- und Bezirksstellen (die ca. 600 Orte umfassen) geworden sind. 11000 Mitglieder umschlingt heute das Band der von ihrer Organisation gewollten Solidarität.“ Der Zentralverband ist im Jahre 1899 in Mainz gegründet worden durch den Zusammenschluß verschiedener Fachsektionen. Das erste Protokoll des Zentralvorstandes meldet darüber:

„Auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Mainz am 21. bis 22. Mai hatten die Vertreter der christlichen Holzarbeiter beschlossen, einen Holzarbeiterverband für Deutschland zu gründen und die Vorstandschaft zu bilden den Münchener Kollegen übertragen, welche am 1. Juli eine konstituierende Versammlung abhielten. In dieser wurde die Vorstandschaft gewählt und trat der Verband somit ins Leben.“

Unter den schwierigsten Verhältnissen hat sich der Verband zu einem entscheidenden Faktor in der Gewerkschaftsbewegung ausgebildet, von Unternehmern und „freien“ Gewerkschaften anerkannt und respektiert. Die Tarifbewegung im Holzgewerbe ist nicht in letzter Linie der klugen und energischen Haltung dieses Verbandes zuzuschreiben.

Die Entwicklung des Verbandes zeigt folgende Tabelle:

| Jahr | Am Jahres-schluß |             | Lohnkämpfe, (Streiks, Aussperrungen) | Gezahlte Streikunterstützung |
|------|------------------|-------------|--------------------------------------|------------------------------|
|      | Zahl-stellen     | Mit-glieder |                                      |                              |
| 1899 | 11               | 750         | —                                    | 186,00                       |
| 1900 | 50               | 2560        | 10                                   | 3 396,35                     |
| 1901 | 76               | 2920        | 15                                   | 1 561,95                     |
| 1902 | 93               | 3403        | 15 u. 20                             | 6 898,05                     |
| 1903 | 104              | 4313        | 20                                   | 12 033,19                    |
| 1904 | 171              | 6834        | 20 u. 30                             | 16 519,79                    |
| 1905 | 227              | 9086        | 30                                   | 62 273,89                    |
| 1906 | 258              | 10435       | 30 u. 50                             | 61 876,98                    |
| 1907 | 260              | 11258       | 50                                   | 100 252,09                   |
| 1908 | 253              | 10849       | 60                                   | 51 146,44                    |

Wir wünschen dem Bruderverbände auch fernerhin ein rüstiges Vorranschreiten.

**Literarisches.**

**Sicherung der Bauforderungen.** Eine liefschneidende gesetzliche Neuerung für jeden Baugewerbetreibenden und Lieferanten von Baumaterialien bringt das soeben ergangene Gesetz betr. die Sicherung der Bauforderungen, gleich wichtig für den Bauunternehmer wie für den ausführenden Bauhandwerker und den Lieferanten. Das neue Gesetz zwingt u. a. jeden Bauenden zur Führung eines Baubuchs und zur Einhaltung gewisser Kontrollbestimmungen bei hohen Strafen. Für den Bauhandwerker, Lieferanten und Architekten schafft das Gesetz eine bisher nicht vorhandene Sicherstellung ihrer Forderungen. Alles Grund genug, sich so rasch wie möglich mit den Bestimmungen des Gesetzes vertraut zu machen. Eine Ausgabe des Gesetzes mit gemeinverständlichen Erläuterungen und gutem Sachregister, die dem Interessenten ermöglicht, sich über seine Rechte und Pflichten zuverlässig zu orientieren, ist im Verlage von A. u. S. Weil, Tübingen, erschienen. Bearbeitet auf Grund der Motive, der Kommissionsberichte und der Verhandlungen im Plenum des Reichstags von Handwerkskammersekretär S. Freytag und Amtsgerichtssekretär Fr. Haubensal. Preis diesigam in Leinen gebunden nur 1,50 M.

**Zement- und Beton-Abrechnung Deutschlands.** Zement- und Zementwarenfabriken, Betonbaugeschäfte. (2 Teile in einem Band.) Herausgegeben von „Zement und Beton“, Wochenchrift für Beton-, Eisenbetonbau und Kunststeinindustrie. Berlin 1909. Oktav, 314 Seiten. Verlag der Lomindustrie-Zeitung. Preis geb. 10 M.

Das zur Besprechung vorliegende Werk stellt eine wesentlich erweiterte Neuauflage des „Abrechnungsbuches der Zementfabriken Deutschlands“ von 1902 dar.

Der erste Teil enthält die genauen Firmen sämtlicher Portlandzementfabriken Deutschlands alphabetisch geordnet, bei denen alles Wissenswerte mitgeteilt ist. So sind z. B. die kaufmännischen und technischen Direktoren sowie die Produzenten mit Namen angeführt. Auch ist aus dem Verzeichnis zu ersehen, welche Eisenbahn- und Poststationen in Frage kommen, ebenso sind die Telegraphenstationen und Telephonnummern erfaßt. Besonders wertvoll erhält das Werk durch die mit zum Abdruck genommenen Fabrikmarken. Ebenso enthält es Angaben über Leistungsfähigkeit und Erzeugnisse (außer Portlandzement, noch hydraulische Kasse, Romanzemente, Zuffalle). Jeder Teil bringt am Schluß ein gut geordnetes Firmenverzeichnis, ein Ortsverzeichnis

nis und ein Namensverzeichnis, so daß das Suchen wesentlich erleichtert wird. Außerdem ist noch jedem Teil ein gut geordnetes Sachregister angefügt.

Der zweite Teil enthält in der gleichen Weise die Betonbaugeschäfte und die Zementwarenfabriken Deutschlands. Auch hier sind die gleichen Grundzüge wie beim ersten Teil des Werkes innegehalten. Naturgemäß ist der zweite Teil bedeutend umfangreicher als der erste ausgefallen, da es eine Unzahl kleinerer Betonbaugeschäfte und Zementwarenfabriken gibt. Während der erste Teil 160 Zementfabriken Deutschlands anführt, beträgt die Zahl der Zementwarenfabriken und Betonbaugeschäfte 2058. Die Ausstattung des Buches in Bezug auf Druck, Papier und Einband läßt nichts zu wünschen übrig und die Verleger haben keine Kosten gescheut, um auch das Neuere des Buches dem Inhalt entsprechend zu gestalten.

**Bekanntmachungen.**

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Müddersdorfer Str. 60, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postschlusse anzugeben, wofür und für welches Vierteljahr das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 19. Juni bis 18. Juli sind folgende Beträge eingegangen:

- Für Beiträge und Eintrittsgelder: Duisburg 800 M., Hannover 800 M., Hohensta 128,72 M., Rheine 200 M., Necklinghausen 211,27 M., Münster, W. u. A., 200 M., Neustadt (Schlef.) 50 M., Schwerin 100 M., Olberg 100 M., Wilhelmshafen 100 M., Bochum 800 M., Beckendorf 60 M., Gelsenkirchen 600 M., Essen 1600 M., Alfordorf 64,40 M., Bochum 800 M., Dortmund 800 M., Tappan 100 M., Coesfeld 130,01 M., Celle 77,11 M., Freiburg (Brs.) 78,65 M., Miltshausen (Schl.) 400 M., Kollshausen 28,73 M., Berlin 360 M., Salzweel 2,80 M., Detmold 300 M., Necklinghausen 800 M., Tüchel 6,90 M., Berlin 300 M., Bochum 800 M., Gelsenkirchen 600 M., Kirchvorst 17 M., Memelsdorf 43,60 M., Schwandorf 64,91 M., Alfenstein 3 139,32 M., Berlin 250 M., Gzerst 66,46 M., Cöln 800 M., Danzsch, Hof (Schlef.) 27,13 M., Meppen 82,07 M., Dönnabrid 300 M., Weiden 139,04 M., Wronke 110,85 M., Babsch 105,95 M., Bochum 800 M., Grafenwähe 24,50 M., Memel 188,06 M., Weingarten 41,81 M., Münster, W. u. A., 200 M., Bamberg 44,45 M., Essen 2400 M., München 190,62 M., Rheine 160,32 M., Unteraltbad 4,55 M., Gohfeld 288,46 M., Hilsbeheim 450 M., Cöln 800 M., Marktredwitz 16,52 M., Siegen 600 M., Elm 10,20 M., Aurich 177,78 M., Nachen 1600 M., Bremerhaven 128,42 M., Beckum, W., 782,67 M., Dortmund 800 M., Emmerich 350 M., Gronau 119,13 M., Glabbed-Bottrop 600 M., Hagen 1000 M., Kiefernfelden 64,60 M., Marsberg 171,27 M., Münster, W. u. A., 200 M., Dehnhausen 225,65 M., Oberhausen 800 M., Passau 108 M., Paderborn 800 M., Necklinghausen 1200 M., Steinhagen 119,72 M., Warendorf 134,97 M., Mähren 9,95 M., Berlin 1100 M., Everswinkel 63,63 M., Gr. Raß 34,03 M., Gr. Wartenberg 88,75 M., Südensleben 26,10 M., Gerford 295,58 M., Hilsbeheim 400 M., Klosterhausen 42,72 M., Kempen 291,57 M., Kofen 633,38 M., Lannigen 68,68 M., Mandelsloh 89,46 M., Oppeln 300 M., Puckaring 18,36 M., Sensburg 15,13 M., Steinbach 50 M., Schönlanke 56,58 M., Triebsee 30,18 M., Wunstorf 44,95 M., Werl 70 M., Zirke 132,19 M., Wittlich (Einz.) 2,40 M., Beckendorf 4,09 M., Gr. Apennberg 74,04 M., Alfenstein, W., 820,31 M., Alfenstein, W., 193,66 M., Wiefel 155,10 M., Beckum, B., 138,13 M., Coblenz 300,13 M., Duisburg 800 M., Dortmund 800 M., Duderstadt 512,60 M., Erlangen 56,45 M., Emsdetten 359,41 M., Glabbed-Bottrop 700 M., Hannover 921,07 M., Hettlingen 164,73 M., Horn 119 M., Lindau (Wf.) 139,62 M., Lügde 132 M., Olberg 103,75 M., Probbach 39,12 M., Pfulhausen 37,48 M., Regenaburg 199,25 M., Rottenburg 57,46 M., Rhumspringe 25,08 M., Sendenhorst 218,50 M., Schwerin 132,41 M., Scherfede 76,81 M., Warburg 464,08 M., Frankfurt 800 M., Dortmund 800 M., Würzburg 245,11 M., Greven 125,23 M., Ditzh 159,45 M., Peine 386,70 M., Hagen 492,69 M., Düsseldorf 255,15 M., Paderborn 692,71 M., Bratel 135,02 M., Höpfer 94,13 M., Stabthohn 110,50 M., Sattenhausen 75,36 M., Guesen, B., 47,40 M., Neustadt (Schlef.) 41,27 M., Jordan-Paradies 11,52 M., Wrenth 3,70 M., Berlin 200 M., Bochum 800 M., Dortmund 800 M., Pöngsb. M., 704,91 M., Düsseldorf 694 M., Glabbed-Bottrop 500 M., Danbau 217,45 M., Hetsberg 179,38 M., Lage 177,84 M., Cham 169,30 M., Coest 104,19 M., Helmstedt 84,58 M., Delbe 77,80 M., Leifungen 78,55 M., Straßburg 163,80 M., Wittlingen 15,73 M., Marienburg 18,50 M., Neuwied 26,73 M., Senftenberg 49,97 M., Sagan 68,38 M., Sieboldshausen 85,52 M., Danbe 113,82 M., Döllmen 250 M., Jngolstadt 397,31 M., Münster, W. u. A., 504,33 M., Hagen 600 M., Wehta 62,73 M., Dillingen 151,46 M., Emmerich 159,75 M.

Für Futterale: Necklinghausen 120 M., Alfenstein, B., 150 M., Wronke 1,05 M., Bamberg 0,45 M., Rheine 4,65 M., Gohfeld 0,45 M., Kofen 5,40 M., Gr. Apennberg 0,30 M., Hannover 12,90 M., Sendenhorst 0,30 M., Schwerin 0,15 M., Hagen 2,25 M., Paderborn 4,35 M., Delbe 0,30 M., Straßburg 0,90 M., Wehta 0,75 M., Emmerich 7,50 M.

Für Hauskassierer-Erlöse: Necklinghausen 6 M., Freiburg (Brs.) 0,90 M., München 0,30 M., Gr. Wartenberg 0,30 M., Kempen 1,35 M., Gr. Apennberg 0,45 M., Warburg 0,30 M., Paderborn 0,15 M., Straßburg 0,60 M., Dillingen 0,30 M., Emmerich 3 M.

Für Stempel: Sendenhorst 0,70 M., Alfenstein 2,15 M., Efen 1,45 M., Marktredwitz 0,30 M., Bingen 3,40 M., Alfenstein 0,90 M., Bamberg 1,40 M.

Für Verbandsplakate und Karten: Emsdetten 10 M., Lügde 5,50 M., Bratel 1,10 M., Bremen 4 M., Danzig 14 M., Bamberg 10 M., Freiburg 4 M.

Für Erjähbücher u. Broschüren: Hannover 17,50 M., Südensleben 0,15 M., Kofen 0,25 M., Hannover 0,75 M.

Für Inserate: Grunewald 2,60 M.

Für Versicherungsbeiträge: Cöln 60 M.

Der Hauptvorstand: S. A.: Fr. Jacobi.

**Achtung! Bezirk Karlsruhe. Achtung!**  
Das Verbandsbureau der Bezirksleitung befindet sich jetzt Georg-Friedrichs-Str. 11, Telephon Nr. 1084. Die Kollegen werden gebeten, alle Postsendungen nach dort zu adressieren. Alle Vorkände der Zahl- und Verwaltungsstellen werden des weiteren erucht, die vollständigen Adressen der Vorstandsglieder zwecks Erneuerung des Adressenverzeichnisses an die Bezirksleitung einzusenden.  
Friedrich Rott, Bezirksleiter.

Als verloren wird gemeldet die Buchnummer 175617, lautend auf Johann Tarnowski von der Zahlstelle Schneidemühl.

**Sterbefaßel.**  
Am 12. Juli starb unser treuer Kollege Johann Namfauer im Alter von 42 Jahren an Lungentuberkulose. Zahlstelle Weiden.  
Am 13. Juli starb unser Mitglied Karl Althof im Alter von 31 Jahren an Lungentuberkulose. Zahlstelle Münster i. W. (Bauhilfsarbeiter).  
Ehre ihrem Andenken!